



Wir sind hier, wir sind laut: Vor dem Römer machen Sozialarbeiter und ihre Schützlinge auf ihr Anliegen aufmerksam. Foto Marina Pepaj

Jugendhäuser fordern mehr Geld

Seit Monaten kämpfen die freien Träger der Jugendarbeit gegen die Sparpolitik der Stadt. Gestern verschärften sie ihren Protest, der erste Wirkung zeigt.

Von Martin Ochmann

Im Jugendtreff Kleines Zentrum in Niederursel gab es bisher einmal im Monat einen Mädchen- und einen Jungentag. Beide entfallen nun einmal im Monat. Denn dafür benötige man Honorarkräfte, berichtet Barbara Weichler, Geschäftsführerin des Trägervereins Junularo. Sie habe aber schon die Stellen der Hauptamtlichen von 100 auf 90 Prozent reduzieren müssen, außerdem seien die Öffnungszeiten gekürzt worden. Auch im Jugendhaus Goldstein in Schwanheim wurden unter anderem die Öffnungszeiten verkürzt, die Einrichtung schließt jetzt abends früher. „Was schlecht ist, da die Jugendlichen in Zeiten von Ganztagschulen längere Öffnungszeiten benötigen“, sagt die Sozialpädagogin Marion Katzenmeier.

Beide Frauen nennen denselben Grund: Seit 2015 habe die Stadt die Zuschüsse an die freien Träger nicht erhöht, diese hätten aber Tarifierhöhungen zu tra-

gen und blieben auf den Mehrkosten sitzen. Um gegen diese Zustände zu protestieren, gingen Weichler und Katzenmeier gestern beim „Walk of Youth“ des Frankfurter Jugendrings auf die Straße. Rund 300 Teilnehmer unterstützten nach Angaben der Organisatoren den Protest. Die Demonstranten zogen vom Jugend- und Sozialamt über die Eschersheimer Landstraße zum Sozialdezernat und von dort zur Abschlusskundgebung auf dem Römerberg.

Es war seit dem Frühjahr die sechste und bisher größte Demonstration dagegen, dass die „politisch Verantwortlichen die im Koalitionsvertrag zugesagte Erhöhung der Zuschüsse an freie Träger abgelehnt haben“, sagte Christian Telschow vom Evangelischen Verein für Jugendsozialarbeit. „Seit 2015 verschlechtert sich die Situation in den Kinder- und Jugendeinrichtungen, weil die Zuschüsse gedeckelt wurden“, berichtete Telschow. Seitdem habe es Tarifsteigerungen um rund 14 Prozent gegeben, die von der Stadt nicht übernommen worden seien, sondern von den jeweiligen Trägern finanziert würden. Bei einer Vollzeitstelle für eine pädagogische Fachkraft mache das rund 7800 Euro Mehrkosten im Jahr aus. So habe sich von 2015 bis 2019 für den Ausgleich der gestiegenen Personalkosten ein Defizit von 1,96 Millionen Euro angestaut.

Die Demonstranten kritisierten zudem, dass auch die Zahl der Pädagogen nicht erhöht werde – und das, obwohl die Stadt kontinuierlich wachse. 28 Vollzeitstellen fehlten in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. „Das ist verantwortungslos

und grob fahrlässig“, meint Telschow. Denn die Arbeit der Einrichtungen habe über Jahrzehnte „maßgeblich zur Sicherung des sozialen Friedens beigetragen“. So hätten vor 20 Jahren Mülltonnen in Ginnheim gebrannt, wegen unzufriedener Jugendlicher habe „Hochspannung“ im Stadtteil geherrscht. Dank der Jugendarbeit habe sich die Situation beruhigt. Doch auch aktuell gebe es Viertel, in denen die Situation schwierig sei, etwa die Platensiedlung und den Frankfurter Berg.

Sozialdezernentin Daniela Birkenfeld (CDU) hat mittlerweile auf die Forderungen reagiert. Im Sozialausschuss kündigte sie in der vergangenen Woche eine Steigerung der Personalkosten in den Jahren 2020 und 2021 um jeweils drei Prozent an. Das bedeute eine Erhöhung der Zuschüsse von 1,3 Millionen Euro für 2020 und 1,5 Millionen Euro für 2021. In einem Brief an die freien Träger kündigte Birkenfeld in dieser Woche zudem an, diese mit nicht verbrauchten Haushaltsmitteln über 2,8 Millionen Euro zu unterstützen, mit denen der „Investitionsstau im Sachkostenbereich“ verringert werden könne.

„Bis letzte Woche gab es gar keine Reaktion, deswegen ist das ein erster guter Schritt“, sagt Telschow. Er erinnert jedoch auch daran, dass es bislang eine „Absichtserklärung“ sei – einen Beschluss der Stadtverordneten gebe es noch nicht. Unter Strich gehe die Dezernentin nicht auf die Forderungen ein, lediglich Tarifsteigerungen in der Zukunft würden aufgefangen, bestehende Defizite aber nicht ausgeglichen. „Wir brauchen aber auch künftig eine auskömmliche Finanzierung.“